

Der Ausbau des Bündnisses mit Oesterreich.

Vorschläge und Bedenken der Stahl-Industriellen.

Der Verein deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller hat gestern in seiner Hauptversammlung sich mit der Frage der handelspolitischen Annäherung an Oesterreich-Ungarn befaßt und hierzu eine Erklärung angenommen, in der es heißt: Die Bestrebungen und Maßnahmen der feindlichen Westmächte zur Fortführung des Wirtschaftskrieges nach Friedensschluß lassen es dringend notwendig erscheinen, daß das deutsche Reich sich für seine Wirtschaftsmacht eine deutschlogische Schafft, an der die Pläne unserer Feinde scheitern. Vor allem müssen wir auf eine Festigung der treuen Waffenbrüderschaft zwischen dem Deutschen Reich und der Donaumonarchie hinwirken. Hierzu kann eine handelspolitische Annäherung zwischen den beiden Kaiserreichen sehr geeignet sein.

Dem hohen Ziele nähern wir uns, wenn die Gemeinschaft der Wirtschaftstragen eine solche Regelung erfährt, daß die Lebensinteressen beider Mächte voll gewahrt bleiben. Eine solche Regelung müsse sich vor allem auf dem Gebiete des Eisenbahn- und Wasserstraßen-Verkehrs, des Sozialpolitik, des gewerblichen Rechtsschutzes, des Handels- und Wechselverkehrs usw. erreichen. Fraglich, ja bedenklich erscheint es dagegen, bei der Neuregelung der Zollverhältnisse über eine gemeinsam geregelte Fassung des Zolltarifs sowie über ein gemeinsames Zollgesetz und ein gemeinsames Zollverfahren hinaus zu gehen, und zu einer Politik der gegenseitigen Zollbegünstigungen oder eines gemeinsamen Zollvereins zu schreiten, denn dabei besteht nicht nur die Gefahr, daß das Deutsche Reich für die Neuordnung seiner Handelsbeziehungen zu den anderen Staaten eine hinderliche und vielleicht seine künftige Entwicklung sogar gefährdende Fessel anlegt, sondern, daß die durch die Zollfreiheit oder Zollermäßigung begünstigte Einfuhr von einem Vertragsstaate in den anderen zu einer Zurückdrängung des Absatzes der heimischen Erzeugnisse führt, also zu Nachteilen, die weder im wohlverstandenen beiderseitigen Interesse liegen, noch von einem Vertragsstaate dem andern zugemutet werden können. Daher kann nicht verlangt werden, daß das Deutsche Reich zu einer solchen Zollermäßigung schreitet, daß der Schutz der nationalen Arbeit beseitigt wird, wenn Oesterreich-Ungarn gleichzeitig eine hohe Zollmauer beibehält. — Eine handelspolitische Annäherung an Oesterreich-Ungarn kann nur ein Schritt auf dem Wege der Festigung unserer handelspolitischen Zukunft sein, denn ein „wirtschaftlich geeintes Mitteleuropa“ stellt nur einen Teil der Lösung unserer Zukunftsaufgaben dar und gewährt keinen ausreichenden Schutz gegen die angloamerikanischen Bestrebungen. Die Sicherung unseres Rohstoffbezuges und unseres Absatzes verlangt vielmehr eine handelspolitische Annäherung einer ganzen Anzahl von kontinental-europäischen Ländern. Die Wiederaufrichtung Europas und die Wahrung seiner gemeinsamen Wirtschaftsinteressen wird die Wiedereröffnung des Weltverkehrs bedeuten.